hinter seinem Rücken oder mit seiner Zustimmung stattgefunden hat. Sollte, was wir nicht glauben, das letztere der Fall sein, so ist, wie wir nicht zweifeln möchten, ein entsprechendes Aequivalent für Deutschland ausbedungen worden. Im anderen Falle, wenn Rußland ohne unsere Zustimmung den Vertrag geschlossen hätte, scheint uns Deutschland aller auf die Räumung der Halbinsel hinzielenden Verpflichtungen ledig zu sein. Der Vertrag wurde geschlossen, um Liaotung den Chinesen zurückzugeben, nicht um Port Arthur in russische Hände zu spielen. Unter allen Umständen aber scheint uns geboten, daß Deutschland jetzt ohne Zögern den festen Stützpunct occupirt, dessen es bedarf, um seine Interessen im asiatischen Orient zu sichern. Unsere Marine hat zu beweisen, daß sie auch in der praktischen Politik ein wirksamer Factor ist. Unsere Lage ist günstig, wir haben die Ellenbogen frei und hoffen, daß eine geschickte und entschlossene Politik die Chancen des Augenblicks zu nutzen verstehen wird."

Diese Auslassungen entsprechen fast durchweg unserer Stellungnahme zu der Sache. Wir können nicht glauben, daß, wenn ein derartiger Vertrag zu Stande gekommen ist, die deutsche Reichsregierung ohne officielle Kenntniß von dem bevorstehenden Abschluß geblieben ist. Sollte dieselbe es aber unterlassen haben, bei dieser Gelegenheit die Interessen Deutschlands energisch zu wahren und ein Aequivalent für seine guten, China geleisteten Dienste sich zu sichern, so glauben wir auch nicht, daß sie für den Fall, daß ihr daß Abkommen nicht notificirt worden ist, hintennach die Energie finden wird, beherzt zuzugreifen und einfach zu nehmen, was uns gebührt. Wir nehmen indessen an, daß der Leiter unserer auswärtigen Politik früh genug aufgestanden ist und noch vor dem Abschluß des Abkommens zwischen China und Rußland, welches von so eminenter Tragweite ist, das gute deutsche Recht gewahrt hat. Auch die „Münchener Allg. Ztg." bezeichnet die „Times"-Meldung als eine in hohem Grade bedenkliche, meint, die Ausführung derartiger Vertragsbestimmungen würde thatsächlich die Mandschurei zu einer russischen Provinz machen und zugleich die Hauptstadt Chinas unter russisches Protectorat stellen und fährt dann fort:

„Daß die „Times"-Meldung in England gewaltige Aufregung hervorrufen mußte, liegt auf der Hand, denn es handelt sich hier offenbar um den keineswegs aussichtslosen Versuch, dem wirthschaftlichen und politischen Uebergewicht Englands ein Ende zu machen und die britische Präponderanz in Ostasien durch die russische zu ersetzen, oder, wie die „Times" sich ausdrücken, „die Erschlaffung des chinesischen kranken Mannes für Rußland in Beschlag zu nehmen". Gelingt dies, so handelt es sich dabei um einen Stoß in das Herz Englands. Die Basis der britischen Machtstellung liegt, wie die englische Presse allezeit betont hat, in Asien; wird diese Grundlage erschüttert — und das würde durch die auf Indien unvermeidlich zurückwirkende Lahmlegung des englischen Einflusses in Peking und an der asiatischen Pacific-Küste sicherlich geschehen —, so geräth der ganze Bau ins Schwanken. Sollte man aber in London, wie es den Anschein hat, der Erwartung sich hingeben, daß der russischen Actien französischerseits Schwierigkeiten bereitet werden könnten, so würde das auf eine arge Verkennung der Sachlage hindeuten. Die französische Regierung ist über die Einzelheiten des russisch-chinesischen Vertrags ohne Zweifel sehr genau unterrichtet gewesen, und gerade deshalb zeigte sie sich so eifrig und bekanntlich auch mit bestem Erfolge bemüht, sich im südlichen China ähnliche Zugeständnisse zu sichern, wie Rußland sie im nördlichen einzuheimsen wußte. Die entente franco-russe hat im äußersten Osten den beiden Theilhabern zu einem überaus einträglichen Geschäft verholfen; das Cabinet von St. James würde also in Paris nur taube Ohren finden, wenn es dort nicht allein Beschwerde führen, sondern auch Unterstützung suchen wollte. Wie Deutschland sich zu der Sache stellen wird, wagen wir nicht zu prognosticiren; seit die Reichsregierung zur Betheiligung an dem Protest gegen den Vertrag von Shimonoseki sich entschlossen hat, sind die Grundlinien ihrer ostasiatischen Politik schwer erkennbar geworden."

Mit diesen akademischen Erörterungen müssen wir uns begnügen und vorerst abwarten, ob die „Times"-Meldung sich bestätigt. Es hat den Anschein, als ob sie den Ereignissen voraneilte, aber ähnlich, wie sie es voraussichtlich, werden sie sich gestalten.

Für die gegenwärtigen politischen Strömungen in der russischen Gesellschaft ist es charakteristisch, daß die russische Intelligenz jeden Anlaß benutzt, um ihren Sympathien für die freiheitliche Reformzeit Alexander's II. und für die Verbreitung westeuropäischer Cultur und Gesittung in Rußland Ausdruck zu verleihen. Kürzlich war es die Enthüllung des Denkmals für Alexander II. in Kasan, welche die liberalen Elemente im Zarenreiche dazu benutzten, um gegen die innere Politik Alexander's III. zu demonstriren; jetzt ist es der vierzigste Todestag des berühmten Moskauer Professors und Historikers Granowskij, des Begründers der sogenannten Westler-Partei, welchen die fortschrittlichen Elemente Rußlands in eine imposante Kundgebung gegen die Obscuranten und den Panslawismus in Rußland verwandelten. Granowskij ist der Schöpfer der humanistischen Schule in Rußland, aus welcher fast alle Mitarbeiter Alexander's II. hervorgingen. Von seinem Katheder in der Moskauer Universität ertönten zuerst die Worte: Freiheit, Fortschritt und Humanität. Die historischen Vorlesungen Granowskij's übten nicht nur auf die Studentenschaft, sondern auch auf die Gesellschaft einen mächtigen Einfluß. Granowskij war es auch, der vor sechzig Jahren in einem in der damaligen besten russischen Monatsschrift, „Bibliothek zur Unterhaltung", erschienenen Artikel „Die Schicksale des jüdischen Volkes" für die völlige Emancipation der Juden eintrat. Nun am vierzigsten Todestage dieses Mannes, der auf den 16. d. fiel, wurden in Moskau Wallfahrten nach dem Grabe Granowskij's veranstaltet, wo die Studenten der Moskauer Universität bedeutsame Reden hielten, in welchen sie dem verstorbenen Lehrer und Meister schwuren, die von ihm gepredigten Ideale immer und unter allen Umständen heilig und hoch halten zu wollen. Auch die maßvollen russischen Blätter haben diesem Gedenktage schwungvolle Artikel gewidmet, worin das Wirken Granowskij's auf dem Gebiete des Fortschritts gefeiert wurde.

Aus der Türkei liegen immer noch keine beruhigenden Nachrichten vor. Die Reformen, welche vom Sultan gefordert wurden, hat er nach langem Widerstreben zugestanden, er hat sogar (auf dem Papier wenigstens) mehr bewilligt, als von ihm begehrt wurde, indem er nicht blos den Armeniern, sondern dem ganzen Reiche eine Reform-Aera verhieß; dennoch ist die Wirkung, welche man von der Entschließung Abdul Hamid's erwartete, ausgeblieben. Nach wie vor wird die allgemeine Aufmerksamkeit nach Konstantinopel gelenkt, von wo allerhand unheimliche Gerüchte aufflattern, deren Mittelpunct der Sultans-Palast bildet. Es mag sein, daß die Art, wie die Reformverfügung publicirt wurde, und die Berufung auf den Hattischerif von Gülhane wie auf den Hatthumayum eine Enttäuschung verursachten, denn jene Reformdecrete aus den Jahren 1839 und 1856 sind niemals verwirklicht worden. Aber noch vielmehr als die Frage, ob es diesmal mit den Reformen ernst gemeint sei, ruft das Verhalten der mohammedanischen Bevölkerung den Zweifel wach, ob durch die Entschließung des Sultans, den Forderungen der drei Interventionsmächte nachzugeben, die Ruhe in Konstantinopel verbürgt sei. Die aus englischer Quelle stammenden Nachrichten, daß bereits eine Verschwörung gegen den Sultan entdeckt sei und daß zahlreiche Verhaftungen und Hinrichtungen hervorragender Hofbeamter erfolgt seien, werden zwar von amtlicher türkischer Seite als unbegründet bezeichnet und sind offenbar übertrieben, aber es scheint doch — und das wäre nicht zu verwundern — gegen den Sultan selbst und gegen seine Rathgeber ein bedenkliches Mißvergnügen wach geworden zu sein, von dem in gleicher Weise Alt- wie Jungtürken ergriffen sein sollen. Abdul Hamid, der ohnedies von mißtrauischem Naturell ist, soll sich, wie man erzählt, vor seinen mohammedanischen Unterthanen nicht sicher und von den entgegengesetzten Einflüssen in seinem eigenen Palaste bedroht fühlen; er fürchtet, heißt es, revolutionaire Schilderhebungen zu Gunsten seines Bruders Murad, des abgesetzten und im Tscheragan-Palaste internirten Vorgängers, oder seines jüngeren Bruders Reschad. Daß er dem äußeren Drucke sich fügte und die armenischen Reformen bewilligte, wird ihm von den Alttürken, daß er nicht zugleich den Mohammedanern weitgehende Reformen gewährte, von den Jungtürken verübelt. Es ist nach alledem begreiflich, daß die Bewilligung der armenischen Reformen den Glauben an die Wiederherstellung dauernder Beruhigung in Konstantinopel nicht gestärkt hat. Die Möglichkeit, daß trotz des vermeintlichen diplomatischen Erfolges, den England an der Spitze der Interventionsmächte durchsetzte, durch innere Vorgänge in der Türkei die orientalische Frage wieder aufgerollt werden könnte, schwebt nicht nur pessimistischen Beobachtern vor.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 27. October. Die in Dortmund-Hörde erforderliche Stichwahl soll, wie wir hören, für den 5., spätestens 6. November in Aussicht genommen werden. — Im Centralbureau der nationalliberalen Partei sind soeben die beiden Berichte über die verflossene Reichstags- und preußische Landtagssession erschienen. Der Bericht über die Reichstagssession (16 Bogen, gr. Oct., Preis 2 ℳ) enthält u. A. eine ausführliche Darlegung der zur Reform der Zuckersteuer in Betracht kommenden Gesichtspuncte, desgleichen beleuchtet er im Einzelnen die Entwickelung der Brennereibetriebe und wie die Novelle zur Branntweinsteuer hierbei umgestaltend wirken soll; dann ist namentlich auch die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, die Umsturzvorlage, die Tabaksteuervorlage u. s. w. in sachlich ausführlichster Weise behandelt. Im Bericht über die Landtagssession (9 Bogen gr. Octav, Preis 1 ℳ) lenkt hauptsächlich das Capitel „Landwirthschaft", daneben vor Allem die „Stempelsteuervorlage" die Aufmerksamkeit auf sich. Beide Berichte sind auch durch den Buchhandel (Verlag von Puttkammer & Mühlbrecht zu Berlin) zu beziehen.

* **Berlin**, 27. October. Zur Gedächtnißfeier für den heimgegangenen Prinzen Friedrich Carl waren heute zahlreiche Freunde und Verehrer des Verewigten im Kaiserhof vereinigt. An der Festtafel nahmen der Kaiser und über 80 Herren Theil. Nach dem zweiten Gange erhob sich der Kaiser, um den Sieger von Metz in folgenden Worten zu feiern:

„Mit besonders gehobenen Herzen haben wir uns heute hier zusammen gefunden, um das Andenken des verewigten Prinzen zu feiern, dessen Name mit dem großen Ereignisse dieses Tages zu unvergänglichem Gedächtniß verknüpft ist. Wenn auch über unsere diesmalige Feier sich ein leichter Schleier gelegt hat durch den Heimgang des Mannes, der uns so oft hierher zusammengerufen hat, des Prinzen Hohenlohe, so vermag das doch nicht die Feier dieses Tages zu beeinträchtigen. Ich lese es in Ihren Aller Blicken, welches die Gefühle sind, die Sie an dem heutigen Tage beseelen, und wer wollte es uns verdenken, wenn die Versuchung an uns heranträte, dies Mal über den Rahmen dieses Festes und über den Zweck unserer Vereinigung hinauszugehen. Aber ich widerstehe dieser Versuchung. Wir wissen, was wir dem Heimgegangenen zu verdanken gehabt haben, und Ich zumal, der Ich eben von dem Boden herkomme, wo die großen Thaten geschehen, die mit seinem Namen verknüpft sind. Wir blicken zurück auf diese Zeit und wir danken der Vorsehung, daß es uns vergönnt war, diesen großen Mann auch nach seinen vollbrachten Thaten zu haben und zu kennen und ihm näher zu treten. Wie selten ist es einem Manne vergönnt, daß er noch die Früchte der von ihm ausgestreuten Saat sehen kann. Unser Blick richtet sich auf Dreißiglen zurück, und wir empfinden, wie selbst von dieser stillen Stätte aus der Alles umfassende und nimmer ruhende Geist dieses Heroen in enger Verbindung mit dem Heere gestanden hat. Anregende Gedanken sind von dort insbesondere für unsere Reiterei ausgegangen. Was diese jetzt zu leisten vermag, verdanken wir seinem stillen Einfluß. So fordere Ich Sie auf, zum huldigenden Andenken an den Sieger von Metz ihm ein stilles Glas zu weihen."

Der Kaiser verweilte bis nach 7 Uhr in dem Kreise der Festgäste, um dann die Reise nach Liebenberg anzutreten.

* **Berlin**, 27. October. Wie gemeldet worden, soll am 4. November unter dem Vorsitz des Staatsministers von Boetticher eine Anzahl Sachverständige auf dem Gebiete der Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung zu einer Berathung über die Vereinfachung und Verbesserung der socialen Versicherungsgesetze zusammentreten. Die hiesige „Deutsche Warte" berichtet, daß Staatsminister von Boetticher sich über die Angelegenheit zu einem Freunde des Blattes wie folgt geäußert habe:

Es ist richtig, daß wir eine Reihe von Sachverständigen zu einer Berathung über die Vereinfachung der Versicherungsgesetze geladen haben. Wir wollen hören, was für Vorschläge die Herren uns machen können. Bei der Versicherungsgesetzgebung konnten wir nur schrittweise vorgehen und mußten zufrieden sein, daß sie zunächst unter Dach gebracht war. Es schien noch bei der dritten Lesung des Krankenversicherungsgesetzes im Reichstage zweifelhaft, ob mit der Einführung dieses aber das Unfallversicherungsgesetz zuerst vorgegangen werden sollte. Fürst Bismarck, mit dem ich während der Durchführung dieser Gesetzgebung in den denkbar besten Beziehungen lebte, wollte das Krankencassengesetz noch im letzten Augenblick zurückstellen; ich überzeugte ihn jedoch, daß es weitergehender und nothwendiger sei, als das Unfallversicherungsgesetz, da Jedermann dem Krankwerden, nicht aber im gleichen Maße dem Verunglücken ausgesetzt sei und Krankheit den Unfall wesentlich in sich einbegreife. So wurde das Gesetz nicht zurückgestellt und kam im Reichstage zur Annahme. Später, nachdem das Krankencassengesetz im „Reichsanzeiger" veröffentlicht war, ließ der Fürst mich zu sich kommen und nannte das Gesetz ein miserables, weil nichts gebührend daraus hervorgehe, daß der Staat den Kranken die Hilfe biete, sondern vielmehr die einzelnen Krankencassen. Auch in diesem Puncte wies ich dem Kanzler nach, daß die Durchführung der staatlichen Krankenversicherung nur im Anschluß an die bestehenden örtlichen Krankencassen möglich und costsam war. Auch bezüglich der Einrichtung der Unfallversicherung habe ich lange mit dem Reichskanzler verhandelt. Er ließ mich nach Friedrichsruh kommen. Zwei Tage berietben wir dort über die Frage, ob „Genossenschaftsverbände" oder „Berufsverbände" zur Grundlage der Organisation zu wählen seien. Fürst Bismarck vertrat die Idee, Genossenschaftsverbände zu bilden, d. h. diejenigen Gruppen zusammenzuschließen, die einer gemeinsamen Gefahr, wie der Verschüttung, des Verbrennens u. s. w., ausgesetzt seien. Am zweiten Tage mußte ich nach Berlin zurück zu einer Sitzung des Bundesrathes. Ich sagte zum Fürsten: „Geben Sie mir nur eine Directive, ich führe aus, was Sie bestimmen." Er antwortete mir: „Sie haben doch Recht, wir müssen Berufsgenossenschaften organisiren." Der Anschluß der Invaliditäts- und Altersversicherung an die Organe der Berufsgenossenschaft ist später bei der Vorberathung dieses Gesetzes erwogen worden, aber wurde nicht für praktisch erfunden, weil die Versicherungsämter für Personen, die nicht einer Berufsgenossenschaft zugewiesen werden können, doch nebenher hätten eingerichtet werden müssen. Bismarck legte sich oft für eine Idee zuerst lebhaft ins Zeug, sein Interesse erlahmte dann aber bei der Ausführung, die mir in diesem Falle zufiel. Ich muß sagen: Bisher hat noch Niemand, weder im Ministerium, noch von auswärts, einen Vorschlag gemacht, der einfacher und appetitlicher wäre, als das Einkleben von Marken. Eine Schwierigkeit bietet die Aufbewahrung der Versicherungskarten. Es gehören Räumlichkeiten und genaues Ordnen dazu, um den Apparat in Gang zu haben. Die Berufsgenossenschaften haben meiner Meinung nach kein Interesse daran, sich die Invaliditäts- und Altersversicherung anzugliedern; dazu fehlt es ihnen an Raum und Zeit. Ich habe mich bei einem Besuch in Lübeck, wo ich das von Herrn Gebhardt verwaltete Versicherungsamt besichtigte, überzeugt, daß es recht gut möglich ist, unter den aufgestapelten alten Versicherungskarten vollkommene Ordnung zu halten. Immerhin ist eine Vereinfachung des Nachweises über stattgehabte frühere Versicherung, namentlich für den Fall, daß der Versicherte seine neue Karte verloren hat, durchaus erstrebenswerth. Hierüber wie über die etwaige Verschmelzung der drei Kategorien von Versicherungscassen wollen wir die Herren Sachverständigen hören. Wir konnten bei der Einführung der Arbeiterversicherungen nur erst das Nothwendigste im Auge haben und sind, nachdem die Versicherungen sich im Ganzen bewährt haben, zum weiteren zweckdienlichen Ausbau der Organisation entschlossen. Das Einfachste wäre ja, bei der Invaliditäts- und Altersversicherung trotz eines neuen Gesetzes die Versicherungssumme als einen Zuschlag zur Staatssteuer zu erheben; dann ginge aber der pädagogische Werth der jetzigen Einrichtung ganz verloren, nämlich, daß die Leute zum Sparen für die Zeit der Noth und des Alters angehalten werden. Wir haben Mühe gehabt, erst einmal dies Gesetz durchzubringen. Fürst Bismarck trat noch wiederholten Malen im Reichstag persönlich dafür ein. Er machte den Einwand, daß er lieber noch einen Bierabend geben wolle, als zu einer ihm nicht geläufigen Sache das Wort zu ergreifen. Aber er ergriff auf meine Veranlassung doch das Wort. Und das Gesetz ging durch, nachdem der Fürst sich aus dem Sitzungssaale entfernt hatte, um sich mit den Mitgliedern des Bundesrathes photographiren zu lassen, und der Abgeordnete Bamberger in Folge dessen vor leeren Bänken redete. Es ging mit genau 20 Stimmen Mehrheit durch. Als ich dem Reichskanzler die Nachricht überbrachte, antwortete er: „Noch 19 Stimmen zu viel!" — Auch über die erfolgte Begründung eines Bundes der Industriellen und dessen Ziele war der Minister genau unterrichtet. Er bezeichnete es als wünschenswerth, daß die dreigetheilte, complicirte Versicherung, die jeder Industrielle gesetzlich vorzunehmen habe, combinirt werde. Er zeigte sich sehr geneigt, den Industriellen auf dem Wege der Vereinfachung des Versicherungswesens weit entgegenzukommen. Die im Reichsamt des Innern ausgearbeiteten Grundzüge zur Verschmelzung der verschiedenen Kategorien werden bei den Berathungen am 4. November zur Unterlage dienen.

— Der Kaiser wird zur Jagd auf den Gütern des Hausministers Grafen v. Wedel in der Provinz Sachsen, des Fürsten v. Hatzfeldt und des Grafen Hochberg in Schlesien erwartet.

— Der Reichskanzler überreichte dem Kaiser anläßlich der Schlußsteinlegung im neuen Reichsgerichtsgebäude ein Exemplar des Bürgerlichen Gesetzbuchs zweiter Lesung.

— Zu der von den Gardeschützen geplanten Feier des Tages von Le Bourget am 30. d. M. hat der Kaiser sein Erscheinen zugesagt.

— Laut Beschluß des Bundesraths sind in der Tabelle, welche der Bekanntmachung vom 5. Februar 1895, betreffend Ausnahmen von dem Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe, beigefügt ist, für die Bessemer- und Thomasstahlwerke, Martin- und Tiegelgußstahlwerke, Puddel- und zugehörige Walz- und Hammerwerke, sowie Hochofengießereien die Worte:

„Die den Arbeitern zu gewährende Ruhe hat mindestens zu dauern: für jeden Sonntag abwechselnd 24 und 48 Stunden"

zu streichen.

Vorstehende Bestimmung ist mit dem 25. d. M. in Kraft getreten.

— Am 30. d. M. findet laut der „N. Pr. Z." eine gemeinschaftliche Sitzung des Evangelischen Ober-Kirchenraths mit dem Generalsynodal-Vorstande statt. Am Tage vorher wird der letztere unter dem Vorsitze des Superintendenten Lic. Holzheuer zu einer Berathung zusammentreten.

— Es wird der „Nat.-Ztg." bestätigt, daß Pfarrer Dr. Lisco an der Erziehungsanstalt des großen Friedrich-Waisenhauses zu Rummelsburg, über den bekanntlich durch rechtskräftige Disciplarentscheidung vom 7. Febr. die Dienstentlassung verhängt worden war, die vom ihm beim evangelischen Oberkirchenrath eingereichte Berufung zurückgezogen hat. Die Gründe zur Zurücknahme der Berufung sind nicht bekannt, jedoch darf man wohl annehmen, daß dieselbe deshalb erfolgt ist, weil jede Aussicht auf ein abänderndes Urtheil des evangelischen Oberkirchenraths aufgegeben werden mußte, nachdem dieser ein halbes Jahr hatte verstreichen lassen, ohne das Verfahren zu fördern.

— Seit längerer Zeit schweben, dem Vernehmen der „D. Volksw. Corr." nach, Verhandlungen darüber, ob gemäß dem Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetze vom Bundesrath die Versicherungspflicht auf die im Schneider- und Schuhmachergewerbe als Hausgewerbetreibende beschäftigten Personen auszudehnen sei.

— Der Proceß wegen Majestätsbeleidigung, für den auf den 29. d. M. gegen die Redacteure Dirk und Pfund vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I Termin anberaumt ist und bei welchem auch die „Kameleinschrift" zur Erörterung gelangen wird, dürfte längere Zeit in Anspruch nehmen. Der Vertheidiger, R.-A. Heine, hat einen umfassenden Entlastungsbeweis angetreten, und unter Anderen den Ober-Hofmeister der Kaiserin und Vorsitzenden des Berliner Kirchenbauvereins, Grafen v. Mirbach, sowie den Baurath Schwechten laden lassen.

— Wegen Aufreizung zum Classenhaß wurde der Socialdemokrat Friedrich Wilhelm Rohrlack von der ersten Strafkammer am Landgericht II zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt.

— Der Kaiser hat am Tage der Enthüllungsfeier von Wörth aus dem vormaligen Gefolge seines Vaters zwei Herren besonders ausgezeichnet, indem er ihnen den Charakter als Generalmajor verliehen hat. Der eine ist Excellenz v. Liebenau, der längere Zeit persönlicher Adjutant des Kronprinzen war, dann mit dem Prinzen Wilhelm auf die Hochschule nach Bonn ging, lange Zeit der Hofmarschall des Prinzen und nach dessen Thronbesteigung sein erster Oberhof- und Hausmarschall war und jetzt im Ruhestande in Wiesbaden lebt. Der zweite ist der frühere Oberst v. Sommerfeld, der im Feldzuge 1870 als junger Officier zum Stabe des Kronprinzen gehörte und Mitte der 80er Jahre, nachdem er früher Directionsmitglied der Kriegsakademie gewesen, längere Zeit der erste persönliche Adjutant des Kronprinzen und gleichzeitig der Chef seiner Schatullverwaltung und Privatkanzlei war. General v. Sommerfeld lebt zur Zeit im Ruhestande in Berlin.

— Großfürst Michael Nikolajewitsch hat sich von hier nach Petersburg begeben.

— Der Geheime Baurath und vortragende Rath im Ministerium der öffentlichen Arbeiten Kozlowski feierte am 25. d. sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. Kozlowski war schon als jüngerer Baubeamter bei den Strombauten an der Elbe thätig. Hier wirkte er später auch als Elbstrombaudirector, und der in der Hauptsache z. T. durchgeführte Ausbau der Elbe ist sein Werk.

— Der frühere freisinnige Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Hirschberg-Schönau, Stadtrath Halberstadt, ist gestorben.

— Auf Grund des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 2. Juli 1883 sind die aus Galizien gebürtigen Handelsleute Goldmann und R. Lammel aus Berlin ausgewiesen worden.

* **Posen**, 26. October. Am 24. d. M., dem hundertsten Jahrestage der letzten Theilung Polens, sind in der St. Martin- und in der Pfarrkirche Trauergottesdienste abgehalten worden, die, wie der „Dziennik" berichtet, zahlreich besucht waren. Auch die „Gaz. Torunska" widmet dem Jahrestage einen Artikel und bezeichnet die Theilung als einen Triumph der Gewalt und Uebermacht über das natürliche und übernatürliche Recht. „Aber Polen ist nicht verloren, so lange wir leben" — fährt der Artikel fort — „und wir hegen die Hoffnung, daß Gott, der uns trotz vieler Unglücksfälle und Verfolgungen nicht untergehen ließ, auch in Zukunft sich unseres Vaterlandes annehmen werde, und daß er, wie das Gold im Feuer, unsere Nation durch Leiden nur prüft, um dieselbe im geeigneten Augenblick, rein und edel zur Vollendung des durch die Union von Lublin begonnenen Werkes, d. i. zur allgemeinen Verbrüderung der Völker zu berufen. Wann, in welchen Grenzen und Bedingungen Gott uns das Vaterland wiedergeben wird, wissen wir nicht; wir glauben aber fest, daß Polen hergestellt werden wird . . . ."

* **Breslau**, 25. October. Der deutschconservative Localverein hielt gestern Abend unter dem Vorsitz des Herrn von Itzenplitz seine erste Monatsversammlung ab. Das Referat hatte Pastor Bone über das Thema: „Vorstöße und Verstöße gegen die conservative Partei" übernommen. In seinem Schlußworte beantragte der Redner folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde: „Wir weisen mit Entrüstung die schweren Beschuldigungen zurück, die neuerdings gegen die Gesammtheit der Conservativen Partei und insbesondere gegen die ländlichen Grundbesitzer in Wort und Schrift gerichtet worden sind. Wir bekennen uns wie bisher als Freunde der wahrhaft christlich-socialen Bestrebungen, wie sie von Stöcker gepflegt werden, und wollen nach wie vor auch mit größerem Eifer für Abstellung socialer Mißstände eintreten." — Der Vorsitzende theilte noch mit, daß Mitte November ein conservativer Parteitag für Schlesien in Breslau abgehalten werden wird.

* **Breslau**, 27. October. Wie die „Breslauer Zeitung" aus Rybnik meldet, ist der Pole Radwanski daselbst mit erheblicher Mehrheit gewählt. Radwanski habe etwa 12 000, Freiherr v. Hüne etwa 5000 Stimmen erhalten.

-\- **Altenburg**, 26. October. Großfürst Constantin von Rußland trifft morgen Abend mit seiner Gemahlin auf dem hiesigen Residenzschlosse ein. (Wiederholt.)

* **Gera**, 27. October. Der Landtag des Fürstenthums Reuß j. L. ist heute eröffnet worden. Die Eröffnungsrede nennt den Etat und einige kleinere Vorlagen als Verhandlungsgegenstände.

* **Mannheim**, 26. October. Das Centrum behauptete in heutiger Abgeordnetenwahl den Bezirk Breisach. Der clericale Schüler erhielt 69, der liberale Stocker 58 Stimmen. Damit ist die Möglichkeit der Bildung einer lediglich nationalliberalen Kammermehrheit ausgeschlossen; die Nationalliberalen bleiben, wie bisher, die stärkste Partei der Kammer, ohne allein die Mehrheit zu haben. (Nat.-Ztg.)

* **Baden-Baden**, 26. October. Der Kronprinz von Schweden ist nebst Gemahlin heute Nachmittag hier eingetroffen.

* **Stuttgart**, 27. October. Der Gesammtausschuß für den V. Deutschen Sängertag verhandelte heute unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Oberbürgermeisters Rümelin, über die Beilegung der zwischen dem Liederkranz und 23 Sängervereinen bestehenden Differenzen und faßte mit großer Mehrheit den Beschluß, den Liederkranz zu ersuchen, für die Beilegung des Streites im Interesse des Festes bemüht zu bleiben. (F. Z.)

* **Straßburg**, 26. October. Den Straßburger „Neuesten Nachrichten" zufolge ist Oberstaatsanwalt Rassiga aus Colmar zum reichsländischen Unterstaatssecretair der Justiz und des Cultus endgiltig bestimmt worden.

* **München**, 26. October. Das theoretische juristische Examen an der hiesigen Universität wurde gestern beendet. Das Resultat kann nicht befriedigend genannt werden. Von 110 Candidaten sind 13 zurückgetreten und 40 durchgefallen. (Allg. Ztg.)

* **Mülhausen**, 26. October. Nicht nur Fabrikanten, sondern auch andere Personen sind hier in letzter Zeit bedroht worden, wie eine Gerichtsverhandlung feststellte. Der Angestellte des Arbeitervermittlungsbureaus der Herberge „Zur Heimath", Brändlin, wurde am Tage nach der Ermordung des Fabrikanten Henri Schwartz von dem Cylindermacher Gustav Petitjean bedroht, indem dieser, auf der Straße drehend die Hand emporhaltend, ihm zurief: „Sie sind Schuld daran, daß ich keine Arbeit bekomme. Ich bin Socialist, Sie wissen, wie es gestern dem Henri Schwartz ergangen ist, so wird es Ihnen auch noch einmal gehen!" Dem Zeugniß des Orgelbauers Harpfer aus Bolchen zufolge soll Petitjean noch hinzugefügt haben: „Sie sind markirt!" Petitjean erhielt sechs Monate Gefängniß. Nach socialdemokratischen Blättern soll Petitjean als Socialdemokrat keine Arbeit bekommen haben.

Oesterreich-Ungarn.

* **Wien**, 26. October. Taaffe's Zustand hat sich verschlimmert, er wurde mit den Sterbesacramenten versehen. — Wie verlautet, beschloß der Ministerrath, eine Wahl des Dr. Lueger zum Bürgermeister der allerhöchsten Bestätigung nicht vorzulegen. (?)

* **Wien**, 27. October. Die „Wiener Zeitung" veröffentlicht die Ernennung des ehemaligen Ministers Grafen Schönborn zum ersten Präsidenten und des ehemaligen Finanzministers Böhm-Bawert zum Senatspräsidenten des Verwaltungsgerichtshofes. — Von den sechs von der socialdemokratischen Partei für heute einberufenen Volksversammlungen, welche über die Stellungnahme der Wiener Arbeiterpartei zu der Erklärung des Ministerpräsidenten hinsichtlich der Wahlreform berathen sollten, haben nur zwei stattgefunden; vier waren abgesagt. Beide Versammlungen verliefen in vollster Ruhe.

* **Wien**, 27. October. Die deutsche Vertrauensmänner-Versammlung war zahlreich besucht; dieselbe nahm unter dem Vorsitze des Obmanns Schlesinger einstimmig die Anträge des Vollzugsausschusses betreffs der Candidaturen und des Wahlaufrufs an.

Frankreich.

* **Paris**, 26. October. Der Zudrang zur Deputirtenkammer hat nachgelassen. Ein Individuum, welches auf der Tribüne „Hoch Carnaux" rief und Papierfetzen in den Saal warf, wurde sofort entfernt. Der Minister des Innern Lezgues nahm seine Ausführungen von gestern wieder auf, schilderte den Verlauf des Streiks in Carmaux und wies nach, daß die Behörden einzig bemüht waren, eine Verständigung herbeizuführen; gewisse Vorsichtsmaßregeln hätten natürlich getroffen werden müssen, namentlich nach dem Attentat auf Ressegnier. Die äußerste Linke unterbrach fortwährend den Minister, welcher sich schließlich scharf gegen die Einmischung der socialistischen Deputirten in den Streik aussprach. — Es sind mehrere Tagesordnungen eingebracht. Brisson erklärt, er könne das Schiedsrichteramt wegen der zahlreichen Unzuträglichkeiten nicht übernehmen. (Beifall.) Goblet hält die Nothwendigkeit eines Schiedsspruches aufrecht. Ministerpräsident Ribot erklärt, die Kammer würde einen gefährlichen Weg betreten, wenn sie sich für ein Schiedsgericht aussprüche. Die Regierung wünsche eine schnelle Beilegung des Carmaux-Streikfalles, sie habe nichts vernachlässigt, was einen Ausgleich herbeiführen könne. Ribot fordert schließlich ein Vertrauensvotum und tadelt die Angriffe Jaurès gegen die Beamten in Carmaux. Die Kammer beschließt (wie telegraphisch in einem Theil der Sonntagsausgabe gemeldet) mit 277 gegen 214 Stimmen, zuerst über die Tagesordnung Prade abzustimmen, womit sich Ribot einverstanden erklärt. Diese Tagesordnung besagt, daß die Staatsgewalt einzig und allein die Aufgabe habe, die Ordnung und Freiheit der Arbeit zu sichern, und billigt die Erklärungen der Regierung. Darauf wird nacheinander über die einzelnen Puncte der Tagesordnung abgestimmt und dann dieselbe im Ganzen mit 280 gegen 183 Stimmen angenommen.

* **Paris**, 27. October. Der Minister des Innern Lezgues forderte heute Ressegnier, den Director der Stahlhütten in Carmaux, auf, den vierten Ofen wieder in Betrieb zu setzen, um anderen Arbeitern Arbeit zu verschaffen. Ressegnier entsprach der Aufforderung; 200 neue Arbeiter sind eingestellt.

* **Paris**, 27. October. In dem Protectoratsvertrage mit Madagaskar wird des Weiteren ausdrücklich erklärt, daß Frankreich keinerlei Verantwortung für die von der madagassischen Regierung vorher eingegangenen Verpflichtungen, Schulden oder verliehenen Concessionen übernimmt, und schließlich wird festgesetzt, daß bei der baldigst vorzunehmenden Grenzbestimmung des Territoriums von Diego Suarez, die Linie 12 Grad 45 Minuten südlicher Breite, möglichst als Demarcations-Linie dienen soll. Nur Franzosen können auf Madagaskar Grundbesitz erwerben. — Von informirter Seite wird bemerkt, daß dieser Vertrag den Begriff des Protectorats genauer feststellt als der Vertrag vom Jahre 1885. Als besonders bemerkenswerth wird die zugestandene Einflußnahme Frankreichs auf die innere Verwaltung und die Reformen in Madagaskar angesehen. — Der „Temps" weist darauf hin, daß Frankreich in dem Vertrage mit Tunis die Bürgschaft für die Ausführung der bestehenden Verträge übernahm, während es jede Verantwortung für Verbindlichkeiten Madagaskars ablehne.

* **Paris**, 28. October. (Telegramm.) Bei der Ersatzwahl eines Deputirten an Stelle des Socialisten Thivrier in Montluçon wurde der Republikaner Bacher mit 8104 Stimmen gewählt. Der Socialist Betang erhielt 7840 Stimmen.